

SKANDAL!

Echo verweigert Anzeige

52 Menschen aus Rüsselsheim und Umgebung, die meisten keine Mitglieder der Partei „Die Linke“, wollten mit folgender Anzeige im Lokalteil der beiden Rüsselsheimer Zeitungen (Rüsselsheimer Echo und Main-Spitze) ihr Eintreten für die Wahl der Linken bei der Landtagswahl öffentlich machen.

Für ein soziales Hessen Die Linke wählen!

Klaus-Peter Anthes, Yeter Ayboga, Hermann Bauer, Renate Bauer, Ralf Becker, Wolfgang Becker, Christiane Böhm, Michael Brücks, Gretel Bühler, Lothar Bühler, Gerhard Christ-Steinicke, Gerhard Degen, Frank Dörfler, Wolfgang Ebenhöf, Reiner Friedrich, Erich Friedmann, Martina Friedmann, Marco Füllner, Danilo Gläb, Christian Golka, Rudi Hechler, Carsten Heil, Bernd Heyl, Friedhelm Kistner, Heinz König, Kostas Kounatidis, Peter Kraus, Andreas Krug, Heinz-Jürgen Krug, Wilfried Lang, Rainer Mangler-van Klev, Peter Ortler, Jossy Oswald, Antonella Privitera, Gabi Rambow, Jose Ramirez-Voltaire, Erwin Reith, Florian Rister, Helga Roth, Erich Schaffner, Brigitte Schmidt-Sattaf, Karl-Heinz Schneckenberger, Ilse Stieglitz, Dieter Stork, Nathalie Thoumas, Antje van Klev, Manfred Volkmann, Arthur Weger, Maria Weger, Joachim Weickardt, Heike Wieland-Reith, Hans Zinkeisen

Viele von ihnen hatten dies bereits bei der Wahl vor einem Jahr getan. Doch diesmal gab es Probleme. Nicht in Rüsselsheim, hier wurden die Anzeigen von den zuständigen Mitarbeiterinnen anstandslos entgegengenommen. Doch einen Tag später rief die Echo-Mitarbeiterin zerknirscht den Initiator der Anzeige, Heinz-Jürgen Krug an, und teilte mit, dass es eine Anweisung der Verlagsleitung in Darmstadt gibt, die dekretiert „keine Anzeige der Linken“. Die Nachfrage: „vielleicht nur nicht auf der Lokalseite 1“ wurde mit „nein, generell“ beantwortet.

Krug schätzt diese Entscheidung der Verlagsleitung als kleine Fortsetzung der derzeit laufenden großen Medienkampagne gegen den Wiedereinzug der Linken in den hessischen Landtag ein. Die wiederum anschließt an die massive Kampagne gegen die Versuche von Beck und Ypsilanti, der SPD durch eine minimale Bewegung nach links wieder mehr politische Möglichkeiten zu verschaffen.

Angesichts der labilen ökonomischen und sozialen Situation wollen diejenigen, die im Verbund aus Wirtschaft, Politik und Medien das Sagen haben, offenbar der Stärkung von Alternativen zu ihrer bisherigen Politik, die gerade in Finanz-, Wirtschafts- und Bildungskrisen kumuliert, einen Riegel verschieben.

Bei der Main-Spitze war man übrigens „gnädiger“, die Anzeige erscheint am Samstag auf der dritten statt auf der ersten Lokalseite.

Milliardenrettungsschirme für die Zocker im Finanzcasino – wer soll das bezahlen?

Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, sprach sich für eine schnellere Heraufsetzung des Renteneintrittsalters aus. Auch die Alten sollten einen Teil der Schulden- und Abgabenlast schultern. „Denn wir haben das ja verbockt.“

Und die Politiker folgen, folgsam wie meist, den Vorgaben der Deutschen Bank: „Angesichts der Neuverschuldung wollen Politiker von SPD, CDU und FDP durch die Finanzkrise auch die Renten auf den Prüfstand stellen.“ meldet welt-online.

Die Frage der Schulden sei „auch eine Frage des Generationenvertrages“, sagte zum Beispiel der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bundestag, Otto Fricke (FDP), der „Bild“-Zeitung. „Hier haben auch Rentner und Pensionäre eine Verantwortung, damit die Belastungen, die die Finanzkrise hervorruft, für unsere Kinder nicht zu groß werden.“ Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Fornahl befürwortete sogar eine Kürzung der Renten. Es sei wichtig, dass in der Wirtschaftskrise alle Generationen einen Beitrag leisteten, sagte er „Bild“.

Damit uns die Abzocker nicht weiter abzocken: Die Linke wählen! **DIE LINKE.**